

**„Wählen ist verkehrt“:**

**Die Wahl - eine Sternstunde demokratischer Herrschaft:**

**- Die nationale Führung lässt wählen**

**- das Volk bekommt, was es immer bekommt: eine neue Regierung**

Vortrag unter den etwas provokanten Titel gestellt: „Wählen ist verkehrt“. Das ist in der Tat der Nachweis, den ich heute Abend führen möchte: Die normale Menschheit, die große Masse der Leute tut nicht gut daran, sich an der Wahl geistig und praktisch zu beteiligen: Sich die Frage vorlegen zu lassen, wer demnächst Deutschland regieren soll, sich den Kopf darüber zu zerbrechen und sich am Ende gar noch für einen Kandidaten zu entscheiden, von dem man meint, dass er einem am besten passt.

Also: „Verkehrt“ soll schon heißen: *Für die Mehrheit der Wähler verkehrt*. Nicht für die Herrschenden, die die Wahl ansetzen und veranstalten: Die werden schon wissen, was sie davon haben, wenn sie diese Veranstaltung in regelmäßigen Abständen durchziehen. Darum soll es also auch gehen: Warum liegt den politischen Machern, denen, die in diesem Land zu entscheiden haben oder an die Entscheidungsposten wollen, soviel daran, dass das Volk zur Wahl geht? Warum agitieren sie die normale Menschheit dazu wählen zu gehen, und loben das Wahlvolk, wenn eine hohe Wahlbeteiligung rauskommt? Was haben sie davon?

Sehen soll man als Bürger die Sache natürlich ganz anders: Wahlen gelten als Herzstück der Demokratie, und man soll sich freuen, dass man in einem Land lebt, wo man das darf. Dafür wird die Demokratie geschätzt und gelobt, das verleiht der demokratischen Herrschaft ihr besonderes Gütesiegel. Das *unterscheidet* sie zum Guten von Ländern, in denen die Herrschaft ihr Volk nicht ordentlich oder gar nicht wählen lässt: Da, so hört man, herrschen üble, menschenfeindliche Verhältnisse.

Herzstück der Demokratie stimmt schon – ob das allerdings ein *Kompliment* an diese Herrschaftsform ist, dass in ihr die Bürger in regelmäßigen Abständen die Machthaber über sie auswählen dürfen, ist eine andere Frage. Auch auf diese Frage will ich im Laufe des Abends eine Antwort geben.

Noch eines vorweg: Es gibt ja – wie übrigens bei jeder Wahl – allerlei öffentliches Genörgel und Kritik am Ablauf der Wahl. Zuwenig Inhalt, zuviel Personalisierung, hört man da; Merkel wird vorgeworfen, dass sie überhaupt keinen richtigen Wahlkampf macht. Mancher Wähler gibt sich in Interviews enttäuscht von dem Angebot der Parteien und teilt mit, er wüsste noch gar nicht, ob er überhaupt hingehen will, zumal sich durch die Wahl doch gar nichts Rechtes ändere. Die Journalisten beklagen Politikverdrossenheit und ermahnen die Wahlkämpfer, sich ein bisschen mehr anzustrengen, um die Leute vom Sinn des Wählens zu überzeugen. Insgesamt bekommt man den Eindruck: Die an der Wahl Beteiligten finden die Veranstaltung selbst gar nicht so übermäßig toll, wie es ein „Herzstück der Demokratie“ eigentlich sein müsste.

*Von dieser Sorte Kritik halte ich gar nichts*, der will ich mich heute Abend nicht anschließen. Ich will im Gegenteil zeigen, dass die Art des Wahlkampfs, wie er ja nicht nur diesmal, sondern eigentlich immer stattfindet, genau zu der Veranstaltung namens Wahl *passt*: Dass man für das, was der Wähler da tut und tun soll, gar nicht „besser“, „inhaltsreicher“ etc. werben kann als genau so, wie die Parteien es machen.

**Drei Teile:**

I. Was steht bei der Wahl überhaupt zur Wahl und was nicht?

II. Die Wahl: Was findet da statt: Was ist der Inhalt dieser Veranstaltung?

III. Der Wahlkampf: Mit welcher Art Argumenten werden die Wähler zum Wählen agitiert?

**A. Was und was nicht zur Wahl steht.**

## I. Die Wahl - eine Veranstaltung der Herrschaft

Die Wahl, so hört man, ist die Veranstaltung, bei der der Bürger Gelegenheit bekommt, an der Gestaltung der politischen Gewalt im Lande mitzuwirken. Das stimmt ja in gewisser Weise auch – bloß: *Wie* ist der Bürger da beteiligt? Und worüber befindet er eigentlich überhaupt und worüber nicht?

Diesen Fragen sollte man einmal ein bisschen näher nachgehen, bevor man sich vorschnell dem Urteil anschließt: Toll – mitmachen, ein Stückchen mitbestimmen darf man da als ganz gewöhnlicher Bürger!

Und da fällt doch Einiges gleich auf:

1. Bei der Wahl ist eines gleich klar sortiert: wer sie veranstaltet – und wer sich dazu bitten lässt.

Alles an der Wahl ist von oben, durch die politische Herrschaft längst geregelt, bevor der Bürger überhaupt Gelegenheit bekommt, sein kostbares Mitbestimmungsrecht überhaupt auszuüben. Der Wähler ist da eine ganz passive Figur, hat da nichts zu melden:

- Damit das Volk wählen kann, braucht es jemanden,
- der ihm das Angebot zum Wählen unterbreitet,
- ihm die Alternativen vorgibt, innerhalb derer er seine Freiheit zu verwirklichen hat.

2. Die in einer Wahl von den Bürgern gelebte Freiheit setzt also eine grundlegende *Sortierung der Menschheit* voraus:

- Ein sehr kleiner Teil der Menschen – die zum Führen berufenen Leute – ruft den anderen Teil, der bezeichnenderweise *Volk* genannt wird, an die Urnen.
- Aber nicht nur das: Diese Führung legt mit den Programmen und Personen, die überhaupt zur Wahl stehen, alles Entscheidende vorweg fest: Genau die Parteien bzw. Personen, die zur Wahl stehen, können gewählt werden – andere nicht. Wo da die Grenzen sind, legen die Verfassung, die Gerichte und die Wahlkommissionen fest – da hat der Bürger mit seiner Auffassung und seinem Interesse nichts verloren.

2. Deswegen steht ein Ergebnis jeder Wahl auch schon von vornherein fest, egal wie die Wahl ausfällt: Sie bestätigt die politische Instanz, die die Wahl angesetzt hat.

Das billigt der Wähler ganz stillschweigend und ohne sich darüber überhaupt Gedanken machen zu müssen: Wenn er Wahl antritt, unterschreibt er,

- dass es außer den *Fragen*, die zur Abstimmung gestellt werden,
- und außer den *personellen Alternativen*, die zur Abstimmung stehen, für den Wähler nichts infrage zu stellen und nichts zu entscheiden gibt.

Die Alternativen, die dem Wähler offen stehen, liegen ganz auf der Seite der *Herrschaft*, der *politischen Macht*, die sie ihm zum Auswählen anbietet. Seine trostlose Rolle besteht darin, zwischen *diesen Alternativen* entscheiden zu dürfen.

Was er da auswählt, sind *politische Führer*: Leute aus einer kleinen Elite. Die gelangen auf diesem Wege in eine *Herrschaftsposition*: in ein Amt, das ihnen die *Macht* verleiht, sämtliche Lebensbedingungen der Leute im Lande zu bestimmen, qua Recht und Gesetz festzulegen, wer was darf, wem was verboten und erlaubt wird. Ein politisches Amt: Das ist eben nicht einfach eine arbeitsteilige „Aufgabe“, in der Angelegenheiten „geregelt“ werden: Das ist eine Machtposition, die Leuten das Recht gibt, die Lebensverhältnisse des Rests der Menschheit festzulegen, denen vorzugeben, womit sie zurechtzukommen haben.

## II. Die Wahl: Zustimmung zum System des Kapitalismus

**1. Aber nicht nur das. Indem der Wähler Führungsfiguren für Ämter auswählt, bekennt er sich zugleich zu der gesamten öffentlichen Ordnung, die von diesen Ämtern aus gemanagt wird:**

**a) Mit der Wahl wird stillschweigend nichts Geringeres als die gesamte *politische Herrschaft* abgehakt:**

- der *Apparat*; die gesamte Einrichtung und Organisation der Staatsmacht, vom Parlament hinunter bis zum Arbeitsamt;

- Damit aber auch die *Aufgaben*, denen dieser Apparat sich widmet und wonach die verschiedenen Ministerien denn auch schon heißen: Recht und Ordnung, die Förderung des Kapitals, Sanierung und Rettung der Banken, das Einkassieren von Steuern, die Verwaltung der Arbeitslosigkeit, Hartz IV... Kriegführen...

Kurz: die „Sache“ der Nation: Worum es in dem Laden geht und worum nicht, welche politischen und ökonomischen Interessen zum Zuge kommen, welche untergebuttert werden...

**b) Und: dass es *Führer* braucht, die sich um das alles kümmern: Dafür *zuständig* sind, über die Lebensbedingungen aller Bürger zu entscheiden:**

also schlichtweg alles, was die Masse des Bürgervolks zu spüren bekommt.

**Dabei ist klar: das, *worüber* die politische Elite zu befinden hat, ist für die große Masse der Bürger nichts Gemütliches. Noch jeder kennt die Wirkungen der Politik.**

- als Beschränkung jeder materiellen Freiheit

- als Härte des Erwerbslebens

- als Inanspruchnahme durch private und öffentlich-rechtliche Machthaber

**c) Das ist also die erste, entscheidende Leistung der Wahl: Ohne dass der Wähler darüber überhaupt nachdenken muss, ohne dass er damit überhaupt befasst wird, klopft die Wahl das Verhältnis von Oben und Unten fest. Und nicht nur das:**

Damit ist zugleich festgeklopft, *worum* es bei der Ausübung von Herrschaft überhaupt geht. Die Herrschaftspositionen *stehen fest*, die sind gegeben und mit ihnen alle entscheidenden *Inhalte* dessen, was die politische Macht zu tun hat. Regiert wird ein *Kapitalstandort* mitsamt den sozialstaatlichen Betreuungsaufgaben, die sich aus der ökonomischen Herrschaft des Kapitals ergeben. Und wenn man sich den Staatsapparat mal ansieht, der sich dieser Aufgabe widmet, dann steht soviel ja schon nach erstem Augenschein fest: Offenbar braucht es zum Regieren eines Kapitalstandorts ziemlich viel Gewalt, eine ziemlich wuchtige politische Herrschaft.

***Gewählt* werden die *Personen*, die die Macht über Land und Leute in diesem Sinne ausüben:**

Die entnehmen die Richtlinien ihrer Politik aus den Notwendigkeiten und Herausforderungen eines erfolgreichen Kapitalstandorts. Die ganze Wahl, die ganze Beteiligung der Bürger an der Herrschaft beruht darauf, dass in der Demokratie Amt und Person in dieser Weise *getrennt* sind: Das Auswechseln der Herrschaftsfiguren hat seine verlässliche Grundlage darin, dass das, was diese dann zu tun haben, jenseits der persönlichen Neigungen der Macher im Wesentlichen *feststeht*.

**Indem der Wähler Figuren in Ämter wählt, die diese Verhältnisse kommandieren, gibt er ganz grundsätzlich seine Zustimmung zu den Verhältnissen gleich mit, die er auszuhalten hat:**

Übrigens: Da hat man schon einen ersten Hinweis darauf, was die *politischen Macher* an der Wahl schätzen: Ein Volk, das sich auf diese Weise zur Wahl bitten lässt, das ist offenbar ein ziemlich fügsames Volk: Eines, das aus den Lebensumständen, in denen es zurecht kommen will, auf jeden Fall schon mal kein grundsätzliches Argument gegen die machen will, die den Laden praktisch kommandieren.

**2. Und wie steht's um den Wähler? Was ist eigentlich dessen Leistung bei dieser Veranstaltung? Was hat er davon, dass er sich an dieser Veranstaltung beteiligt?**

Übrigens, schon mal vorweg:

**Leute, die diese Frage abwinkend beantworten, sagen: Na klar, *nichts* – die täuschen sich. Auch**

dem Wähler bringt die Wahl etwas – allerdings etwas sehr anderes, als die meisten sich vorstellen.

**a) Der Wähler hat eine etwas eigentümliche Aufgabe:**

Die Wahl stellt ihn vor die Entscheidung, *bei wem er die Macht,*

- der *er* nachher, wie vorher gehorchen muss.

- und die *selber* gar nicht zur Debatte steht

*am besten aufgehoben* sieht.

**b) D.h.: Der Bürger, der regiert wird, der vorher, wie nachher nichts darüber zu sagen hat, was die Herrschaft tut, wie sie ihn oder andere drangsaliert, der sich allem zu unterwerfen hat, was die Herrschaft für angesagt hält - der befindet in der Wahl darüber, wer dieses Regieren am besten kann, wer die Staatsgeschäfte „am Besten“ führen kann.**

**Ein kleiner Widerspruch ist das schon:**

Über *nichts*, das sein praktisches Leben bestimmt, bestimmt der Wähler bei der Wahl – *außer* darüber, *von wem* er sich regieren lassen will. Und diese Frage nehmen Wähler so wichtig, dass er sich glatt dazu bereitfindet, sich für eine der angebotenen Parteialternativen zu entscheiden.

**c) Dafür haben Wähler ihre schlechten Gründe.**

Wie die aussehen, was von denen zu halten ist – darüber mehr im 2. Teil des Vortrags.

**Vorher aber – Gründe hin oder her: Was macht man eigentlich der Sache nach, wenn man sein Wahlkreuz macht?**

## **B. Die Veranstaltung namens Wahl**

### **I. Die Rolle des Wählers**

Jeder Wähler gleich und frei ohne Ansehen der Person macht ein Kreuz beim Kandidaten bzw. der Partei, die er bevorzugt. Die Stimmen werden ausgezählt und stellen in ihrer Masse je nach Wahlsystem ein Zahlenverhältnis dar, an dem sich entscheidet, welche Politikergarnitur die Macht bekommt.

**Eine seltsame Veranstaltung: Wie kommt da der „Wille“ des Wählers überhaupt vor?**

#### **1. Art der Willensabgabe:**

**a) Kreuz:** *Wille ohne Inhalt.* Was der Wähler sich dabei gedacht hat, warum gerade da: Kommt im Wahlakt selbst gar nicht mehr vor und *soll* auch nicht: Kommentar – Stimme ungültig.

**Ganz abstrakte, inhaltsleere Willenskundgabe:** *Dass* man für die eine oder andere Personalalternative ist, mehr nicht und mehr *soll* auch nicht sein. Wähler *soll* Herrschaft nicht mit *inhaltlichem* Auftrag zum Regieren bestellen, sondern zum Regieren pur – das sagt das Kreuz.

**b) Individueller Beitrag zu einer kollektiven Willensäußerung ohne ein Fünkchen von irgendeiner wirklichen Gemeinsamkeit, kollektiver Verständigung.** Jeder Wähler *ganz für sich*, autonom, genau deswegen und dadurch völlig belanglos und unerheblich.

- Das *soll* auch so sein: *Wahlheimnis.* Unterstreicht, wie total fremd dem demokr. Wahlakt jede Gemeinsamkeit des Überlegens, gar Beschließens ist.

#### **2. Wozu ist diese Art Willenskundgebung gut?**

**a) Wahlkreuz taugt zu gar nichts anderem als zum Zusammengezähltwerden:** Der einzelne Wähler – gleich gültiges Atom in einer Wählermasse, wo *im Entscheidungsakt selbst* vom Grund, weshalb wer für die SPD etc. ist, *praktisch* abstrahiert wird, nichts übrig bleibt als *dass* eine Mehrheit, die will.

**b) Damit auch Stellung des Wählers zum eigenen Willen.** Gleichgültigkeit gegen das *eigene*

Interesse praktisch organisiert:

- Ob die drankommen, die man gewählt hat,

- ob die dann auch nur im Entferntesten das machen, weshalb man sich dran haben wollte – beides im Wahlakt *selbst* für gleichgültig erklärt.

c) **Wahl = passende Form der Zustimmung zum Regiert werden: Mehr und anderes lassen** sich durch ein Wahlkreuz eben auch gar nicht mitteilen, als dass man von denen und nicht von anderen regiert werden will.

**3. Inhalt der Wahlentscheidung kommt durch die Aktivisten der Wahl hinein, die ihr eine verleihen:**

a) **Wer ist das? Figuren, die sich zum Führen berufen fühlen: Leute mit dem Selbstbewusstsein von Machthabern, die die Staatsgeschäfte bei sich in guten Händen sehen, sich berufen fühlen, anderen ihre Lebensbedingungen zu verordnen.**

b) **Die leiten nach der Wahl „aus dem Wählerwillen“ hinterher ab, was sie vorher schon wollten:**

Politische Deutung durch die Gewinner (Mehrheitsverhältnisse und „Wählerauftrag“)

**Material dafür Ergebnis der Landtagswahlen: Politiker stellen das von ihnen gewünschte Ergebnis ihres Geschachers um wer mit wem als Auftrag des Wählerwillens dar (Steinmeier: Dieses Land will schwarzgelb nicht. Linke: Stimmengewinne beweisen, dass der Wähler die Linke an der Macht will).**

Daran sieht man, wozu dieser Wille überhaupt gut ist: Berufungstitel für alles, was die Politiker als Machthaber dann tun.

#### 4. Das Ergebnis: Ermächtigung

Der Wähler bestätigt durch seine Stimmabgabe, *dass* regiert werden soll. Und das ist keineswegs „nichts“: Immerhin unterschreibt man damit die *Zuständigkeit der Politik* für alle die eigenen Lebensbedingungen. Was aus *denen* wird – das bestimmt die Politik. Im Wahlkreuz bekennt sich der Wähler zu seiner *Ohnmacht* über die eigenen Lebensumstände. Und zugleich gibt man seine grundsätzliche *Zustimmung* zu allen Verhältnissen im Land, die einem das Leben schwer machen. Das geschieht in der Wahl, indem neue Führer ermächtigt werden: *In dieser Form* erklärt der Wähler sein prinzipielles Einverständnis damit, sich von der Politik seine Lebensverhältnisse vorgeben zu lassen.

Darauf legt die Herrschaft also offenbar viel Wert in diesem Land: Sie will sich vom Volk in ihrem Recht auf Ausübung der Macht *bestätigen lassen*. Und zwar ausdrücklich und gerade so, dass kein Fünkchen wirklicher inhaltlicher Einfluss des Wählers auf die Politik stattfindet, die dann hinterher stattfindet. Das heißt ja „Ermächtigung“: Die Herrschaft regiert hinterher frei von irgendeiner Abhängigkeit nach ihrem Ermessen und Gutdünken, das Volk geht wieder seinen diversen Tätigkeiten nach und schaut zu, wie es mit dem zurechtkommt, was ihm die Politik an Lebensumständen serviert du aufdrückt und serviert. Mit der Wahl verschafft sich die Herrschaft *Handlungsfreiheit*: Sie regiert mit *Zustimmung* ihrer Untertanen, ist damit in allem legitimiert, was sie vorhat und tut.

Es ist also keineswegs so, dass die Wahl dem Wähler *nichts* bringt:

- Sie bringt ihm erstens, den *verlässlichen Fortbestand der Herrschaft über ihn*. Eine „stabile Regierung“, heißt das dann. Das ist offenbar ein Kompliment an den Wähler: dass er dafür sorgt, dass Herrschaft unangefochten weiter geht.

- Die Wahl bringt dem Wähler also, zweitens – das als Vorankündigung und Überleitung auf den 22. Teil - das gute Gefühl, zu *dieser Verlässlichkeit* etwas beigetragen zu haben.

Darauf kommt´s also offenbar an – und zwar nicht nur denen, die sich wählen lassen, sondern –

das ist meine Behauptung - *auch der Mehrheit von denen, die wählen gehen.*

*Geglückt* ist eine Wahl dann, wenn sich Oben und Unten *in dieser Hinsicht* handelseinig werden: Der Souverän kommt seiner Pflicht nach, ermächtigt neue Führer über sich und gibt *so* seine Zustimmung zum Gemeinwesen bekannt. Das freut die Macher des Ladens.

Wie geht das – dies „handelseinig werden“?

Das erledigt der Wahlkampf.

## C. Der Wahlkampf

### I. Die Leistung des Wählers

**1. Im Wahlkampf treten die politischen Parteien an, um den Wähler dafür zu gewinnen, sein Kreuz an der richtigen Stelle zu machen. Dafür liefern sie dem Wähler *Gründe*; Argumente, die für das Wählen von CDU, SPD, Linken etc. sprechen sollen.**

**Solche Argumente sind schon nötig. Denn: Dass der Wahlakt, *objektiv gesehen*, gar keinen anderen Inhalt hat als Zustimmung zu und Unterwerfung unter die Herrschaft, ist das Eine.**

Der *Wähler* geht aber noch allemal deshalb wählen, weil *er* Erwartungen, Bedarfe, Unzufriedenheit mit der Politik hat. Und diese Unzufriedenheit, diese Erwartungen werden ihm seitens der Parteien ja im Wahlkampf auch keineswegs ausgedreht. Es ist schlimmer: Die Parteien machen mit überhaupt nichts anderem Wahlkampf als mit den Sorgen der Leute, ihrer Angst von Arbeitslosigkeit, Verlust des Einkommens etc. Jede Unzufriedenheit wird von den Wahlkämpfern aufgegriffen, um *aus ihr* ein Argument für ein Wahlkreuz zu machen. Also dafür, dass er, Gründe hin oder her, auf jeden Fall für *eines* sein soll: dass hinterher ordentlich weiter regiert werden soll.

**Die Übersetzung der eigenen Unzufriedenheit mit der Politik in den Beschluss: Auf jeden Fall lieber von denen als von denen regiert werden – das ist allerdings immer noch die geistige Leistung des Wählers:**

Das muss *er* machen. Und wie man am Buhlen der Parteien für die sog. Unentschiedenen sehen kann, ist das gar nicht so einfach.

**Aber diese Übersetzung findet statt – fragt sich also, wie das geht.**

**2. Der Wähler darf und soll im Namen der Herrschaft *über sich* die Kandidaten für die zu vergebenden Posten dahingehend kritisch prüfen, wer „am Besten“ regiert.**

**Soviel ist klar: Wer sich *diese Frage* vorlegen lässt und auf sie für sich eine Antwort sucht, der hat schon das vollbracht, was ich eingangs erläutert habe: Der ist sich sicher, *dass* er Herrschaft über sich *braucht*.**

Und wie ich zeigen will: Das ist nicht einfach eine falsche Vorstellung, ein Irrtum. Das *stimmt* sogar: Für das, was die Leute in dieser Gesellschaft machen müssen und womit sie zurechtkommen wollen, brauchen sie *wirklich* eine Gewalt über sich. Bloß: Das ist kein Kompliment an diese Gewalt, sondern eine Kritik an den Interessen und Zwecken, auf die man hierzulande festgelegt ist.

Schau´n wir und das mal näher an:

**3. Was heißt denn überhaupt „am Besten regieren“? Am Besten für wen, für was?**

**a) Einfach am Besten *für sich*, für das eigene Interesse – kann nicht sein:**

- Da kämen lauter *gegensätzliche Interessen als solche* auf den Tisch und keine Stimme fürs Regiertwerden zustande.

- Das erwartet übrigens auch kein Wähler – dass die Politik sich danach richtet, was *er* braucht, benötigt, haben will. Dass beim guten Regieren *andere Maßstäbe* und Gesichtspunkte herrschen als im

gewöhnlichen Alltag des „kleinen Mannes“ – das ist jedem praktisch vertraut und selbstverständlich. Dass es beim Herrschen darum geht, das **Große Ganze** namens Deutschland voranzubringen – das ist irgendwie jedem klar. Und sogar das weiß der reife Wähler irgendwie: dass er *für* dieses große Ganze auch zurückstecken muss – dass es sich dabei nicht um eine positive Interessengemeinschaft aller Wähler handelt, wo jeder zum Zuge kommt.

- Was er aber schon erwartet, ist: dass sein Interesse *in* den ganzen Gegensätzen, in denen er zurechtkommen muss, irgendwie *auch* zu seinem Recht kommt.

- Und was er deshalb vom *Staat*, von den *Politikern* erwartet, ist genau das: dass sie dafür sorgen, dass jedes berechnete Interesse in diesem Land zu dem kommt, was ihm zusteht.

- *Diese Vorstellung* davon, wie das eigene Interesse *in* der Sorge der Politik ums Große Ganze vorzukommen hätte – die ist das ganze *Movens* der Prüfung der Politik durch den Wähler. Für diese Vorstellung machen die Wahlkämpfer dem Wahlvolk *Angebote*. Die haben es in sich – dazu später mehr.

#### 4. Als Wähler vergisst der Bürger also nicht einfach seine materielle Lage.

Für *ihn* ist sie vielmehr der ganze Grund fürs Wählen – bloß wie:

##### a) Er ist

... Arbeiter, Student ..., spielt eine bestimmte *Rolle* im Gemeinwesen, hat Interessen, Ansprüche, die sich aus dieser Rolle ableiten.

Hat als solcher Interessen und Bedürfnisse, ist auf besondere Leistungen der Herrschaft angewiesen, von ihren Maßnahmen immer als dieses „als“ betroffen und auf Leistungen der Herrschaft angewiesen, praktisch davon abhängig, ob die Herrschaft das Arbeitslosengeld kürzt, Bafög zahlt, Kindergärten einrichtet ...

##### b) Steht mit diesen Interessen immerzu im Gegensatz zu denen anderer Bürger;

Und diese Gegensätze werden im Alltag der Politik ja auch überhaupt nicht verschwiegen, ganz im Gegenteil, kommen dauernd auf den Tisch.

Das weiß noch jeder: Was *er* von der Politik vielleicht will und bräuchte, deckt sich gar nicht mit dem, was andere wollen.

##### c) Aber:

**Genau das, genau diese Gegensätze sind es, die seitens der Bürger für die Notwendigkeit einer Gewalt spricht, die sich um die Interessen „kümmert“.**

#### 5. Der Ausgangspunkt dieses Standpunkts ist dieses „als“: Verwandlung der Gegensätze in zu würdige Beiträge zum Großen Ganzen:

##### a) Ich als

- **Student:** Stellt sich selbst als nützlichen Beiträger zum Gemeinwesen vor, an dessen Leistung die Politik doch interessiert sein müsste, weshalb *sie* auch die *Bedingungen* schaffen müsste, dass das eigene Interesse geht. Stellt fest, dass er mit seinen Mitteln da allein nicht weiter kommt – Ruf nach der Staatsgewalt, die *andere* beschränken soll, damit man selbst zu Seinem kommt.

- **Arbeiter...** Bekommt es mit dem Kapital zu tun (etc.)

**Also: Ist für die Staatsgewalt nie als Beschränkung von *sich selbst*, sondern immer für die Beschränkung anderer Interessen, die einem das Leben schwer machen.**

**Dabei allerdings die anderen, gegensätzlichen Interessen grundsätzlich *anerkannt*. Die Taten der Herrschaft stellt man sich als „Regelung“ der Gegensätze vor, dabei schafft er *Bedingungen*, unter denen ich auch zurechtkommen kann ...**

##### b) Lauter Einbildungen:

- Erstens stellt sich die Vorstellung der Staatsgewalt als einer Instanz, die Gegensätze regelt, ziemlich ignorant zum *Inhalt* der Interessen, die da „geregelt“ werden:

Immerhin kommt ja eines aus dieser ganzen Regelung offenbar immer raus: Die einen gehen so arm aus der Arbeit raus, wie sie reingehen, der Reichtum der Gesellschaft versammelt sich in anderen Händen ...

Also geht es dem Staat auch gar nicht um den *Ausgleich* dieser Interessen, wie immer man sich den vorstellen mag. Die Herrschaft hat diese kap. Gesellschaft erst eingerichtet, die Interessen so etabliert, dass sich aufeinander knallen: Löst die Konflikte also auch nicht, sondern macht sie gängig.

- Zweitens hat die Staatsgewalt ganz eigene Kriterien dafür, was welchem Interesse zusteht, und die fallen überhaupt nicht damit zusammen, was die Leute brauchen und nötig hätten. Der Staat betrachtet die Sache vom Standpunkt *der Nützlichkeit der Leute für ihn*. Wenn er meint, es bräuchte weniger Akademiker, wenn *ihm* die ind. Reservearmee zu teuer wird, dann definiert er die Lebensbedingungen der Leute entsprechend um, und wer da unter die Räder kommt, hat Pech gehabt.

- Drittens also ist es also eine gewaltige Verharmlosung, sich die Staatsgewalt als bessere / schlechtere Bedingung für das eigene Fortkommen vorzustellen. Umgekehrt: Man ist selbst die *abhängige Variable* politischer Berechnungen, auf die man keinen Einfluss hat und die sich nach ganz anderen Gesichtspunkten richten als danach, ob der Rentner xy von seiner Rente leben kann.

### c) Der Bürger und Wähler beliebt, es anders zu sehen:

Weil *er* von der Politik nach Strich und Faden abhängig ist, bildet er sich ein, dass die Politik *ihn* doch eigentlich nicht hängen lassen dürfte. Von *diesem* Ausgangspunkt her soll und will der Wähler *sein Interesse* in dem Großen Ganzen, dessen Führungspersonal er bestellen darf, auch *aufgehoben wissen*. Dass sein Interesse irgendwie auch *vorkommt* in den Taten der Herrschaft - dass die ihn nicht einfach *beherrscht*, sondern ihm – selbstverständlich im Rahmen *ihrer Zwecke* und Notwendigkeiten beim alltäglichen Zurechtkommen - auch *hilft* – das *erwartet* der Bürger von seiner Herrschaft – und das *soll* er auch erwarten.

d) *Dafür*, dass die Herrschaft sich darum kümmert, wie man mit den Funktionen zurechtkommt, in die man gestellt ist: nach ihren

## 6. Als Wähler legt sich der Bürger die Frage vor, inwieweit die zur Wahl stehenden Mannschaften als Parteien bzw. Personen zu *dieser Erwartung* am besten passen:

- Wie sie *so* regieren, dass *seine* Interessen und Bedürfnisse *dabei* am besten vorkommen.

### a) Einerseits ein ideeller und fiktiver Standpunkt:

Wähler versetzt sich geistig in die Rolle der Herrschenden und fragt sich, wie er es sich recht machen würde, wenn er Kanzler wäre.

### b) Andererseits deshalb zynisch-absurde Veranstaltung:

Sie ausmalen, wozu und wie man sich von der Obrigkeit am Besten drangsalieren lässt.

### c) Dabei immer unterstellt: dass die da oben sein Geschick in Händen haben.

#### Mein Interesse zählt soviel, wie die da oben sich dessen annehmen:

Dieser untertänige Standpunkt macht aus allen Nöten und Sorgen *Antrag* an die Politik. Dieses Antragswesen *rechnet* schon immer damit, dass das eigene Interesse wieder hinten runter fällt, und hält gegen die Erfahrung an dem bescheidenen Interesse fest, dass es doch wenigstens einen Platz zu erhalten hätte in der Hierarchie von Aufgaben, um die sich die Politiker zu sorgen haben.

### d) Das mehr nicht drin ist, ist abgehakt. Dann müssen sie aber auch...

*Ohnmächtiges Müssen* – er hat ja gar kein Druckmittel, will auch gar kein anderes haben, bloß Wahlstimme...

So landet der Wähler wieder beim abstrakten *Ausgangspunkt* seiner Prüfung der politischen



Parteien. Damit die sich überhaupt seiner Anliegen *möglicherweise* annehmen können, müssen sie erst einmal *dran kommen*; und dazu will er mit seinem Kreuz einen bescheidenen Beitrag leisten. So leistet er seinen Beitrag dazu und will ihn auch leisten, dass Herrschaft geordnet weiter geht.

Deswegen übrigens nach der Wahl auch immer enttäuscht ...

Der Wahlkampf ist die Veranstaltung, in der die Kandidatenmannschaften dem Bürger für *dieses* Anliegen Angebote machen. Erstens stellen sie sich vor als welche, in deren Politik sich der Bürger mit seinen Sorgen und Nöten aufgehoben sehen kann. Zweitens bemühen sie sich, ihn dazu zu bringen, dass er deshalb ein *Kreuz* macht und mit diesem Akt sein Interesse vorerst bedient sieht – bis zum nächsten Mal ...

## II. Die Kandidaten

### 1. Die Kunst des Wahlkampfes

a) Die ganze langweilige Kunst des Wahlkämpfens besteht darin, den Wähler davon zu überzeugen, dass er für eine Regierung sein muss, die für das *Große Ganze* am besten ist, wenn sein Interesse überhaupt in der Politik vorkommen soll. Die Botschaft der Wahlkämpfer unisono: Unsere Partei ist am Besten für *Deutschland* und *deshalb* am besten für Arbeiter, Mittelständler, Schüler, Frauen ...

b) Die Politiker *benutzen* also der Idealismus des Bürgers und drehen ihn um:

Wo der Bürger denkt: *Damit mein* Interesse zum Zuge kommt, muss ich für eine Regierung sein, die überhaupt gute Politik macht, sagt ihm die Politikermafia: Du musst für gutes Regieren sein, ob und wie dann dein Interesse vorkommt, sehen wir dann ...

Dabei ist klar: *Was* „gutes Regieren“ in Sachen Bankenrettung, Krieg in Afgh., Renten, Steuern ist, wüsste der Wähler gar nicht zu sagen. Wie auch, es ist ja nicht sein Job, sich politische „Konzepte“ zur Krisenbewältigung auszudenken oder einen kleinen Krieg in Afghanistan zu planen. Deswegen übernehmen es die Politiker gleich selbst, die „Probleme“ und Fragen vorzugeben, um die sie sich als Machthaber kümmern wollen, und den Wählern zu sagen, wie sie sich darin aufgehoben sehen können ...

### 2. Mit welchen Argumenten werben diese Figuren da für sich?

Das Prinzip: Der Wähler soll begreifen, dass Regieren in schweren Zeiten ein schwieriges Geschäft ist, das *nur sie* erfolgreich bewältigen können.

a) **Machen aus jeder *Not* Gegenstand ihrer *Zuständigkeit*:**

Wofür? Erklären sich für das Schicksal der Leute für verantwortlich

Leicht widersprüchlich – pervers: Dafür, dass die Leute in diese Lage *kommen*, wollen sie nichts können – die Lage *beheben* aber schon. Was denn nun?

Für *Abhilfe* zuständig, ohne anzuerkennen, dass sie dann ja auch wohl die *Urheber* sind.

### 3. Dieses Hin und Her zwischen *Zuständigkeit* und Reaktion auf eine schwierige Lage ist *Prinzip* des Streits Regierung - Opposition:

Die Opposition macht die Regierung für alle Missstände verantwortlich – Schuldzuweisung an die herrschende Mafia.

Aber eben nicht: Das ist in der Staatsräson dieses Ladens inbegriffen, sondern *falsche Politik*.

Machen Trennung Amt – Mandat mit, nutzen sie für sich aus:

Wollen *an die Stelle* der falschen an die Macht.

„Einigkeit der Demokraten“: Staatsräson gut, Umsetzung schlecht / fehlerhaft

### III. Die „Sachthemen“

1. Die sog. Sachthemen ergeben sich aus *diesem* Anliegen: Über das Schlechtmachen der Konkurrenz als (potentielle) Führer sich selbst als kompetent herausstreichen.

„Sachthema“ also = Worin sich eine Mannschaft von der anderen *unterscheidet*.

Diesmal: „Krisenwahlkampf“: Wie kommt „Krise“ eigentlich im Wahlkampf vor?

#### a) Einigkeit:

- Das ist, was die Politik zu leisten hat.

- Bei der Krisenbewältigung kommen allen vor, wie sie sonst auch vorkommen:

Banken, Kapital, Arbeit – Letztere als die abhängige Variable dessen, was die Politik dafür tut, dass die *Macher* der Wirtschaft ihren Gewinn wieder hinkriegen.

Auch hier also eindeutige Sortierung der Zuständigkeit: Krise bewältigen = Aufgabe der ökonomisch Mächtigen. Proleten: Darauf setzen, dass *die* es gemeinsam hinkriegen.

b) Deshalb Krise im Wahlkampf gleich von dem Standpunkt aus: Wie sind die Leute *betroffen* und was folgt daraus für die Macht?

„Betroffenheit“ = Arbeitslosigkeit *als* Sorgeobjekt der Politik:

- *Total billig*: Welcher Politiker sagt schon, er hätte gerne ganz viele Leute auf der Straße liegen?

- *Ziel*, in dem sich oben und unten ohne Rest einig werden:

Leute: Betroffen und in Sorge

Politiker: Zuständig, aber nur bedingt in der Lage.

c) Abgrundtief bescheidene und gesellschaftlich anerkannte „Forderung“: Bekenntnis zum Dienst, der doch ermöglicht werden muss.

Aber nicht so ohne Weiteres kann: „Die Krise“ (ersatzweise früher: die Konjunktur, die Globalisierung)

#### d) Die Lüge daran:

Arbeitslosigkeit als *Wirkung* der Krise. Wahrheit: *Hebel* zur Krisenbewältigung (Bsp. Opel). Deshalb *muss sie sein*. Und der Arbeitsminister kann sich als fürsorglicher Betreuer der Opfer profilieren ...

### 2. Unter der Hand ist das Problem *neu definiert*:

a) „Wachsende Arbeitslosigkeit = Problem für Sozialkassen, Staatshaushalt, Wachstum...“

- Jede materielle Not der Leute = Schwierigkeit, die die Politik *mit ihm* hat. Um die Bewältigung *dieser* Schwierigkeit geht es dann,

- Tun so, als würden sie ihr gesamtes pol. Programm aus dem Ziel „Arbeitsplätze“ ableiten; Kontern jedes Argument des Konkurrenten mit „das schadet den Arbeitsplätzen“.

Wofür stehen die also? *Metapher* dafür, dass die Politik beim Regieren an die Betroffenen denkt. *Beweis* ihrer Sorge um die Nöte der Bürger.

### 3. An *dieser Frage*, auf dieser Ebene machen die Parteien zwischen sich Unterschiede auf:

#### a) Die Parteien:

SPD: „Merkel sind die Arbeitslosen egal“ (Müntefering).

„Steinmeier hat eine Vision...“

CDU: Verfolgt ebenfalls das Ziel der Vollbeschäftigung“. Aber:

„Krise fordert nun einmal ihre Opfer“ (Guttenberg).

**Linke: einzig** wirklich glaubwürdiger Armutsbetreuer und deshalb bester Krisenbewältiger

**b) Was da alles abgehakt ist:**

**Bestätigen, dass der Mensch *nichts anderes ist als abhängige Variable des Kapitals. Loben sich jeweils dafür, dass sie seinen Dienst am Kap. am besten herbeiregieren können.***

**c) *Dafür* wollen sie Stimmen.**

#### 4. Vertrauen als Argument

**Kombi von Zuständigkeit der Politik für die Lebenslage der Leute und Herausforderung für die Politik, der schwierigen Lage Herr zu werden, eröffnet Übergang zum eigentlichen Thema des Wahlkampfes: *Vertrauen.***

**a) Vertrauen in was: In die *Fähigkeit* der Machthaber, das Land aus dieser Lage zu führen.**

Politiker argumentieren damit, *dass* sie das Schicksal der Leute bestimmen, dass von ihrer Machtausübung *abhängt*, was aus den Leuten wird, und verlangen deshalb einen geistig-moralischen Blankoscheck für alles, was sie nach der Wahl tun.

**b) Mit schon erwiesenem, verdientem oder nicht verdientem Vertrauen wird argumentiert und um die wird konkurriert:**

- **Beste Beweis da allemal:** An der Macht sein oder auch gewesen sein. So wird ein Guttenberg zum Politiker mit dem besten Ansehen! Sachkompetenz hier die Brutalität: Der Mann *entspricht* mit seiner Politik dem Bedarf der deutschen Wirtschaft. Beweis: Er ist an der Macht und handelt entschlossen in diesem Sinne.

**Dafür steht die CDU:**

Erstens: Gerade, indem wir demonstrieren, dass uns der Wahlkampf nicht so wichtig ist, beweisen wir, dass es uns um die wirklich wichtigen Fragen geht.

Zweitens: Helfen sie mit, eine stabile Regierung zu etablieren, Warnung vor rotrotgrün: Die bringen *Unfrieden* ins Land, sind unzuverlässig.

**SPD dagegen:**

- „Egal“: Münte redet gleich darüber, dass Merkel von ihrer ganzen Einstellung her nicht zu glauben ist, wenn sie sich für Arbeitsplätze starkmacht.

- Steinmeiers „Vision“: gekonnte Kombi von „ernsthaftem Willen“ und politischem „Realismus“:

Rechnet schon mit abwinkender Wählerstimme (das versprechen sie doch alle...) und bezieht sie mit ein: Wer gleich zugibt, dass er scheitern kann, ist glaubwürdiger als der, der dem Wähler alles verspricht.

**Gemeinsam für sozialen Ausgleich: Wir sind die glaubwürdige Partei der Minderbemittelten.**

**Linke: Den Titel verdienen sie. Verdienen umgekehrt gerade Vertrauen, weil sie *nicht* an der Macht waren - auch *das* Argument zieht:**

Die da oben haben uns reingewirtschaftet, denen darf man das Ruder nicht überlassen! Glaubwürdig, weil bislang nicht an der Macht und immer die Macher kritisiert; gleichzeitig (und dem ein wenig widersprechend) aber auch, weil wir immer mehr Wähler an uns ziehen und so beweisen, dass das Volk unsere Alternative will.

**c) Die *Leistung* dieser Art Argumentation: Von „Herrschen sollen die, damit ich ...“ bleibt übrig: Denen traue ich am meisten zu, anständig zu regieren.**

Völlig sachgerecht: Weil es beim Wählen eben um Bestätigung und Ermächtigung von *Herrschaft* geht, ist es völlig passend, dass von den ganzen Sachthemen unterm Strich nur „Vertrauen“ übrig bleibt. Heißt ja gar nichts anderes als *Bekanntnis zur Ohnmacht und Hoffen* darauf, dass die Herrschaft einem in nächster Zeit nicht allzu übel mitspielt ...

**5. Zusammenfassung: In welchem *Bild* des Verhältnisses Staat – Bürger sich Oben und Unten einig werden:**

a) Die Instanzen im Lande, die gerade für die totale Indienstnahme der Bürger sorgen, stellen sich dar als *Dienstleister* am mit Beschlag belegten Volk.

- Das Volk macht die Unterstellung mit und erlaubt sich die distanziert-kritische Begutachtung, ob man dem oder der, Willen und Fähigkeit zum ordentlichen Dienstleistungen am Volk abnehmen kann.

**b) So werden Wähler und Gewählte handelseinig:**

- Der Wähler honoriert bei dem Kandidaten seiner Wahl das Bemühen, *seinen* Vorstellungen über gutes Regieren gerecht zu werden und damit ihm als Mitglied des völkischen Souveräns die verdiente Ehre zu erweisen.

**Darauf hat der Wähler nämlich ein Recht:**

Davon überzeugt zu werden, dass er seine kostbare Stimme auch für eine wirklich gute Herrschaft hergibt – oder zumindest für welche, die das Herrschen ernsthaft anstreben.

- Die Kandidaten danken nach getaner Wahl ihren Wählern und freuen sich über hohe WB. Beweis, dass ihre Propaganda wieder einmal funktioniert hat: Volk hat seine im politischen Getriebe vorgesehene Rolle gespielt, Herrschaft ist ermächtigt und kann sich auf Volkswillen berufen, Bürger macht seinen Werkeltag weiter und schaut zu, was ihm die Oberen diesmal servieren.

**IV. Keine Kritik der Wahl, stattdessen Kritik am Wahlkampf**

1. Es ist also *nicht* so, dass das alles, was die Politik da treibt:

- Selbstdarstellung

- „Personalisierung“, „Schlammschlachten“

Etc.

Zu der hehren Veranstaltung namens Wahl *eigentlich gar nicht passt*. Diese Art zu argumentieren und aufeinander los zugehen, ist der *genau passende* Inhalt zu dem, worum es in der Wahl geht: Leute dazu zu bringen, ein *Gleichheitszeichen* zu machen zwischen ihren Sorgen und Nöten und dem, worum es in der Wahl nun einmal geht: Dem Land eine neue Führungsriege zu verpassen.

2. *Das* kritisiert aber niemand am Wahlkampf – ganz im Gegenteil.

a) Die Talkshow-Kommentatoren etc. treibt die – einigermaßen fiktive! - Sorge um, dass genau das *nicht gut genug klappt*:

- Langeweile, Politikverdrossenheit, drohende Wählerabstinenz...

= Die Politik tut nicht genug, um die Massen davon zu überzeugen, dass sie *für* diesen Laden sein sollen...!

Sodass am Ende die Gefahr droht, dass die Demokratie unter die Räder kommt... (Wulff et al.)

(Von wem eigentlich??)

Das ist also das schlagende und letzte Argument fürs Wählen: Geht wählen – sonst *dürft* ihr es vielleicht irgendwann nicht mehr... (FAZ-Variante: andere Völker würden sich freuen, und ihr...)

b) Eine Herrschaft und ihr geistiges Personal, die sich mit solchen Sorgen plagen, haben mit ihrem Volk offenbar wenig Probleme. Wer der Herrschaft mehr nicht vorzuwerfen weiß, als dass sie einem am Wahltag das Kreuzmachen zu wenig schmackhaft macht, zu machen weiß, hat in jeder Ansicht mit der Herrschaft seinen kritischen Frieden gemacht.

V. Zusammenfassung: was man aus der Wahl über die Demokratie als Herrschaftsform lernen kann.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ heißt es im GG. *Das stimmt:*

Genau *so*, wie in der Wahl praktisch durchexerziert, gibt es das ist die vielgelobte *Volkssouveränität*:

1. *In welcher Eigenschaft* ist der Bürger als Wähler gefragt?

Gleich und frei – Mitglied des *Volkes*

- Bestimmung, in der von allem, was die Leute jeweils sind, *abgesehen* ist; damit auch von den Gegensätzen, in denen sie stehen.

- Negativ bestimmtes Kollektiv. Was sie *eint*: Der gleichen Herrschaft unterworfen.

2. *Das positiv gefasst*: In der Wahl betätigt sich der Volkswille.

Wie, ist gezeigt worden. „Sich betätigen“ – das *kann* dieser Wille selbst gar nicht; existiert gar nicht als handlungsfähiges Subjekt. Diese Willensäußerung ist eine von oben organisierte, dem Volk *als* seine Handlung zugewiesene. Durch die Tat der Herrschaft wird das Volk als solches tätig (was sich die Leute dazu alles noch denken und einbilden, egal...): Die Herrschaft organisiert *sich* als eine, die die Besetzung der höchsten Ämter von der Zustimmung des Volkes abhängig macht. Dessen Inhalt deshalb auch gar nichts anderes als das: Zustimmung zum Staat *als* Auswahl der Alternativen der Personage.

(Übrigens: gar kein großes Geheimnis: Geglückte Wahlen = Indiz für „Stabilität des Gemeinwesens...“ weiß im Falle Afghanistan jeder herzusagen.)

3. Seltsamer „Souverän“:

- Tritt ins Dasein als Akt des Gemeinwesens, *in dem* er Souverän ist.

- Dann und dort in Erscheinung, wie die Verfassung es vorschreibt (alles andere ist übrigens verboten – siehe „wir sind das Volk...“)

- und wieder zurück in die dienende Rolle, wenn der wirkliche Souverän wieder das Regieren antritt.

FAZIT:

So hat jede Seite das Ihre vom heiligen Menschenrecht der freien Wahl, in der sich das Kollektiv der Beherrschten mit seiner Herrschaft zusammenschließt:

- In der freien Wahl wird der Gehorchende von der Schmach befreit, ein Sklave zu sein. Wer wählen darf, ist frei in dem Sinn, dass er keiner Obrigkeit gehorchen muss, die nicht die Zustimmung der Mehrheit der Bürger erhalten hat.

- Die gewählte Obrigkeit ist ihrerseits frei in dem Sinn, dass sie ihre Macht über die Bürger nicht nur auf Gewalt, sondern obendrein auf deren Zustimmung gründet. Darum kann sie sich auch Einmischung in die Staatsgeschäfte vonseiten der Bürger mit dem Verweis verbitten, sie sei schließlich *gewählt*.

- Eine demokratisch korrekt gewählte Regierung ist im Besitz einer *totalen Ermächtigung*: Wenn sie herrscht, geht sie nicht nur berechtigterweise über die Interessen jener Minderheit hinweg, die nicht gewählt oder für die unterlegene Alternative gestimmt hat, sondern ebenso über die Interessen ihrer „siegreichen“ Wählermehrheit. Sie waltet ihres Amtes, wenn sie die Interessen des großen Ganzen exekutiert und die „bloß partikularen“ Interessen ihrer Untertanen beschneidet.

- Staatsmänner wissen deshalb die Leistung der freien Wahl zu schätzen und pflegen sich beim Wähler zu bedanken; nicht nur für die Wahlstimmen, die ihnen zugefallen sind, sondern überhaupt dafür, dass er seine Stimme abgibt und damit seine Zustimmung zu einer weiteren Legislaturperiode des Schnauzehaltens erteilt. Das Votum des Volkes ist das Mittel des Staates – seiner Legitimität, Stabilität und Handlungsfreiheit.

**Was die Herrschenden vom Wählen haben, ist also eindeutig. Aber warum die Gedeckelten ihre Herrschaft auch noch auswählen sollen, das sollten sie sich einmal ernsthaft überlegen, ehe sie das Kreuzzeichen für den Staat machen.**